

## Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Alfeld (Leine)

---

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 24.10.2024  
Beginn: 17:30 Uhr  
Ende: 18:30 Uhr  
Ort, Raum: Großer Sitzungssaal, Rathaus der Stadt Alfeld (Leine),  
Marktplatz 1, 31061 Alfeld (Leine)

### **Anwesend:**

#### Bürgermeister

Bürgermeister Bernd Beushausen

#### Ratsvorsitzender

Beigeordneter Harald Schliestedt

#### 1. stellv. Ratsvorsitzende

Ratsfrau Ute Bertram

#### 2. stellv. Ratsvorsitzender

Ratsherr Thorsten Dinkela

#### stellvertretender Bürgermeister

Beigeordneter Andreas Behrens

#### Ratsmitglied

Ratsherr Christoph Bessel

Ratsherr Paul Bieder

Ratsherr Dirk Dräger

Ratsfrau Nadine Fischbock

Beigeordnete Sandra Flake

Ratsherr Guido Franke

Beigeordnete Waltraud Friedemann Ab 17.48 Uhr

Ratsherr Marco Gravili

Ratsherr Uwe Hölzgebäum

Ratsherr Georgios Konstantopoulos Zoom

Ratsfrau Heike Lietz Zoom

Ratsherr Thomas Probst

Ratsherr Jörg Sachs

Ratsherr Jörg Schaper

Ratsherr Stephan Schaper

Ratsfrau Gabriele Schunder

Ratsherr Robin Trenkel

Ratsherr Christian Voit

Ratsherr Sören von Nolting Zoom

Beigeordneter Peter Winkelmann

Beigeordneter Oliver Wöhler

Ratsherr Karsten Wussow Ab 17.36 Uhr

#### von der Verwaltung

Herr Mario Stellmacher

Herr Thorsten Laugwitz

Frau Dr. Sonja Granzow

Frau Ina Lechel

Herr Hans-Günther Scharf Zoom

Frau Janna Bengsch

Nur öffentlicher Teil.

Protokollführer  
Herr Arne Klingeberg

Presse  
Frau Larissa Zimmer (Leine Deister Zeitung)  
Herr Ulrich Meinhard (Alfelder Zeitung)

**Abwesend:**

<u>Ratsmitglied</u>	
Ratsherr Dominik Denner	entschuldigt
Ratsherr Dr. Volker Grasmann	entschuldigt
Ratsfrau Sonja Maria Lehmann	entschuldigt
Ratsherr Lukas Lohmann	entschuldigt
Ratsfrau Sabine Voshage-Schlimme	entschuldigt

**Öffentlicher Teil**

**1. Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit des Rates der Stadt Alfeld (Leine) sowie der Tagesordnung**

**Herr Schliestedt** eröffnet die Sitzung des Rates. Er stellt die ordnungsgemäße Einberufung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung in der vorgelegten Form fest.

**2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates der Stadt Alfeld (Leine) am 26.09.2024**

Das Protokoll wird  ***einstimmig***  bei 2 Enthaltungen genehmigt.

**3. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt**

Haushaltsplanberatungen 2025

**Herr Beushausen** teilt mit, dass nun die Haushaltsplanberatungen beginnen, er hofft wieder auf faire und zielgerichtete Haushaltsplanberatungen. Leider gebe es keinen Spielraum für Ausweitungen im Entwurf. Er macht nochmals deutlich, dass alle Kommunen im Landkreis Hildesheim einen defizitären Haushaltsplanentwurf 2025 aufweisen und die finanzielle Ausstattung der Kommunen alleine nicht mehr ausreiche, um alle Aufgaben erfüllen zu können. Hier müsse die finanzielle Ausstattung der Kommunen durch Land und Bund deutlich nachgebessert werden.

Planspiel: Pimp Your Town

Von Montag bis Mittwoch findet das Planspiel statt und am Mittwoch gibt es als Abschluss eine Ratssitzung. Er bedankt sich beim Team der Stadtjugendpflege für die Organisation und bei den beteiligten Ratsmitgliedern für die Teilnahme.

Brennende Linde auf dem Alten Friedhof

**Herr Beushausen** geht auf die Berichterstattung in der AZ ein. Die Linde sei sehr markant und für das Stadtbild prägend gewesen. Dies sei kein kleiner Jungentreich und man werde versu-

chen die Täter zu ermitteln. Da Baum sei mittlerweile gefällt worden und der Schaden wird auf rund 15.000 EUR beziffert.

#### 4. **Aussprache zum Bericht des Bürgermeisters**

Es findet keine Aussprache statt.

#### 5. **Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Anfragen gestellt.

#### 6. **Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Altstadt und ehemalige Wallanlagen"; Beschluss der Fortschreibung der Vorbereitenden Untersuchungen (VU) und des Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes (ISEK); Vorlage: 384/XIX**

**Herr Schliestedt** bittet zunächst Herrn Stellmacher die Vorlagen kurz zu erläutern.

**Herr Stellmacher** teilt mit, dass es für die Verwaltung schon ein besonderer Tag sei, denn wenn dem Beschlussvorschlag heute so zugestimmt werde, dann gehe für die Verwaltung eine zwei- bis dreijährige Vorbereitungszeit zu Ende. Die Vorbereitenden Maßnahmen (VU) und das Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept (ISEK) sind bereits erfolgt und ermöglichen die Aufnahme in das Städtebauförderungsprogramm „Lebendige Zentren“, wofür seit August dieses Jahres der Projektaufnahmebescheid vorliege. Diese Karte werde mit dem möglichen Beschluss fortgeschrieben und der Geltungsbereich wird nun ohne Kaiserhof beschlossen, da dieser bereits im Bau ist und ein Ende absehbar sei.

Der Satzungsbeschluss sei der Startschuss für einen voraussichtlich 15jährigen Prozess. Ziel dieses Prozesses ist es laut Sanierungssatzung, die festgestellten städtebaulichen Missstände durch Bau- und Ordnungsmaßnahmen zu beseitigen, um die historischen Stadtstrukturen, die Gebäude, das Stadtbild, die öffentlichen Freiflächen und Straßenräume, die ehemaligen Wallanlagen und damit die Wohn- und Lebensqualität im Quartier langfristig zu erhalten und weiterzuentwickeln. Aufgrund der langen Laufzeit könne man auch etwa auf der Hälfte diesen neu evaluieren. Die Satzung ist elementarer Bestandteil der Städtebauförderung, auf diese baut alles auf. Es wird das vereinfachte Verfahren gewählt, so dass am Ende keine Ausgleichsbeiträge gezahlt werden müssen. Dies sei ein erheblicher Unterschied zur vorherigen Stadtsanierung. Der begleitende Sanierungsträger müsse aufgrund der langen Laufzeit von 15 Jahren europaweit ausgeschrieben werden, dies werde das Verfahren nochmal 6 Monate verzögern.

Die Förderrichtlinie soll die mehr als 300 privaten Eigentümer im Sanierungsgebiet dazu motivieren, entsprechende Maßnahmen durchzuführen. Da hoffe die Verwaltung auf ganz viel Resonanz, denn bei der letzten Sanierung in den 1980er Jahren sei dies zu kurz gekommen. Es warten bereits einige der Eigentümer darauf, dass sie Anträge stellen können. Die Kolleginnen im Planungsamt werden bei Bedarf die Eigentümer bei den Anträgen beratend unterstützen.

Der zu bildende Sanierungsbeirat sei ein vorgeschriebenes Mittel. Dieser werde ein bis zweimal im Jahr tagen und begleite das Verfahren. Dieser ersetze aber nicht den Fachausschuss und habe keine Entscheidungskompetenz, gleichwohl soll er ein Multiplikator sein. Für den Sanierungsbeirat werde dann eine Geschäftsordnung erstellt und zu einer der nächsten Ratssitzung eine Beschlussvorlage vorgelegt, wo es um die namentliche Benennung gehe.

Er sehe dies als letzte Chance für die Alfelder Innenstadt, bittet aber um etwas Geduld. Aufgrund der europaweiten Ausschreibung des Sanierungsträgers, werde man voraussichtlich erst in 2026 die ersten Ergebnisse in der Innenstadt sehen.

**Herr Beushausen** teilt ergänzend mit, dass auch Ratsmitglieder die im Sanierungsgebiet Eigentum hätten, mit abstimmen dürfen. Das Mitwirkungsverbot gelte hier nicht. Anschl. geht er auf die verschiedenen Aktionen der Vergangenheit zur Belebung der Innenstadt kurz ein: „Ab in die Mitte“ oder auch das Bemühen des Forum Alfeld Aktiv e.V. für die Einführung gleich Öffnungszeiten seien beispielhaft genannt. Er bedankt sich ausdrücklich für die geleistete Arbeit des Planungsteams und bittet um Zustimmung. Dies sei die letzte Chance zur Revitalisierung der Innenstadt.

**Herr Wöhler** betont, dass dies sicherlich eines der wichtigsten Zukunftsprojekte der nächsten Jahre sei und bittet daher als Ausschussvorsitzender um Zustimmung. Die Angelegenheit sei ausführlich im Ausschuss beraten und erörtert wurden. Ohne Investitionen werde die Belebung der Innenstadt nicht gelingen, so Herr Wöhler. Auch müsse es ein Ziel sein, höherwertigen Wohnraum in die Innenstadt zu bekommen. Es sei seiner Meinung nach ein Geschenk für die Stadt Alfeld (Leine) in das Projekt aufgenommen worden zu sein.

Auch **Herr Winkelmann** betont die Wichtigkeit dieses Projektes. Die sei eine gute Basis zur Weiterentwicklung unserer Innenstadt und er betont die Wichtigkeit des Sanierungsbeirates. Dieser sei ein gutes Instrument, um Werbung zu machen und neue Ideen einfließen zu lassen. Er zeigt sich erfreut darüber, dass die Verwaltung den nicht selbstverständlichen Service biete, Interessierte durch das Verfahren zu begleiten.

**Herr Dinkela** kann sich seinen Vorrednern komplett anschließen. Als Vorsitzender des Finanzausschusses ergänzt er, dass der Rat mit dem neuen Haushalt den Einwohnerinnen und Einwohnern harte Einschnitte zumuten werde. Aber mit diesem Projekt rede man nun von Investitionen. 50 bis 60 Millionen Euro würden mit dieser Maßnahme in die Innenstadt fließen, ein Großteil davon seien Fördergelder und ein Teil davon werde auch wieder in den städt. Haushalt zurückfließen. Man dürfe es sich daher nicht leisten, diese Chance nicht zu nutzen.

Ganz anders sieht dies **Herr Höltgebaum**. Seine Fraktion sehe die Gefahr, dass man aufgrund einer immer weiter steigenden Verschuldung eine Zinsbelastung hervorrufe, die der Verwaltung irgendwann vor die Füße falle. Zudem verbaue man sich für 15 Jahre mit den Eigenmitteln die Möglichkeit, dieses Geld für andere Investitionen zu nutzen. Außerdem seien die Mittel des Landes nicht für jedes Jahr garantiert, man müsse für jede Maßnahme nochmals einen eigenen Antrag stellen und es sei nicht abzusehen, ob die Stadt Alfeld (Leine) als Finanzschwach gelte und so nur 10 % Eigenanteil tragen müsse oder am Ende doch ein Drittel. Zudem müsse die Kommunalaufsicht zwingend zu jedem Antrag eine Stellungnahme abgeben. Die Stellungnahme sollte allen Fraktionen zur Verfügung gestellt werden, bisher liege diese nicht vor. Man müsse es sich am Ende auch leisten könne. In Bezug auf den besonderen Service für die Eigentümer fragt er den Bürgermeister, ob dies mit vorhandenen Personal erfüllt werde oder ob man Neueinstellungen benötige.

**Herr Beushausen** teilt dazu mit, dass für jede Maßnahme ein separater Antrag gestellt werden müsse und mit dem entsprechenden Bescheid lege das Land dann den Eigenanteil der Stadt Alfeld (Leine) fest. D.h. es könne jedes Jahr eine andere Entscheidung getroffen werden, ob der Eigenanteil 10 % sind und 1/3 beträgt. Die Stellungnahme der Kommunalaufsicht soll als Anlage zum Protokoll des Stadtentwicklungs- und Umweltausschusses beigefügt werden, das Protokoll ist aber noch nicht fertig gestellt. Die personelle Beratung erfolge mit Bordmitteln.

**Herr Behrens** ist der Meinung, man müsse signalisieren, dass man bereit sei, in die Innenstadt zu investieren. Rat und Verwaltung müssten dafür vorangehen. Es könne schlecht etwa von einem Gewerbetreibenden verlangt werden, dass er in sein Geschäft investiere, wenn dessen Bestand auf Grund äußerer Umstände womöglich gefährdet sei. Dieses Förderprogramm biete die Chance für eine Transformation, hin zu einer Stadt, in der man sich gerne aufhalte, weil es dort kleine, spezialisierte Geschäfte gebe. Eine Stadt, in die man gerne kommt, weil es das in Alfeld gibt und eben nicht bei Amazon. Daher warb es ausdrücklich für ein möglichst einstimmiges Votum.

**Beschluss des Rates der Stadt Alfeld (Leine):**

„Der überarbeitete Bericht über die Ergebnisse der Vorbereitenden Untersuchungen (VU) und das Integrierte städtebauliche Enzwicklungskonzept (ISEK) „Altstadt und ehemalige Wallanlagen“ in der anliegenden Fassung werden gebilligt. Dies beinhaltet ebenfalls den Vorschlag zur Abgrenzung des Sanierungsgebietes.“

**- m e h r h e i t l i c h b e i 2 N e i n - S t i m m e n u n d 1 E n t h a l t u n g b e s c h l o s s e n -**

**7. Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Altstadt und ehemalige Wallanlagen";  
Beschluss über die Sanierungssatzung; Vorlage: 398/XIX**

**Beschluss des Rates der Stadt Alfeld (Leine):**

„Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) beschließt die anliegende Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Altstadt und ehemalige Wallanlagen“ gem. § 142 Abs. 3 Satz 1 BauGB.

Er beschließt gem. § 142 Abs. 3 Satz 3 BauGB ebenfalls die Durchführung der Sanierung innerhalb einer Frist von 15 Jahren ab Beschlussfassung. Die Frist endet am 24.10.2039.“

**- m e h r h e i t l i c h b e i 2 N e i n - S t i m m e n u n d 1 E n t h a l t u n g b e s c h l o s s e n -**

**8. Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Altstadt und ehemalige Wallanlagen";  
Beschluss der Förderrichtlinie der Stadt Alfeld (Leine) über die pauschale Förderung von  
Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen im Sanierungsgebiet "Altstadt und  
ehemalige Wallanlagen"; Vorlage: 399/XIX**

**Beschluss des Rates der Stadt Alfeld (Leine):**

„Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) beschließt die Förderrichtlinie der Stadt Alfeld (Leine) für Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen im Sanierungsgebiet „Altstadt und ehemalige Wallanlagen“ in der anliegenden Fassung.“

**- m e h r h e i t l i c h b e i 2 N e i n - S t i m m e n u n d 1 E n t h a l t u n g b e s c h l o s s e n -**

**9. Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Altstadt und ehemalige Wallanlagen"  
Einrichtung eines Sanierungsbeirates; Vorlage: 400/XIX**

**Herr Stellmacher** teilt mit, dass die Liste der Interessenvertretungen noch um die Region Leinebergland ergänzt wird.

**Herr Schliestedt** bittet noch darum, die Liste um den Stadtheimatpfleger zu ergänzen.

Der Rat stimmt anschl. diesem Vorgehen zu.

**10. Mitteilungen der Verwaltung**

**Liquiditätskredit**

**Herr Laugwitz** teilt mit, dass die Stadtkasse einen Liquiditätskredit bei der NRW.Bank über 3 Mio. Euro aufgenommen habe. Laufzeit: 2 Jahre, Zinssatz: 2,65 %.

Die Summe der von uns in Anspruch genommenen Liquiditätskredite hat sich somit von 23 Mio. € auf 26 Mio. € erhöht.

Tagesordnungspunkt „Bericht zur aktuellen Flüchtlingslage“

**Herr Beushausen** teilt mit, dass ab Januar 2025 der Tagesordnungspunkt „Bericht zur aktuellen Flüchtlingslage“ nicht mehr als Dauertagesordnungspunkt auf die Tagesordnungen der Fachausschusssitzungen aufgenommen werde. Sollte sich die Lage gravierend ändern, werde die Verwaltung unter Mitteilungen der Verwaltung hierauf eingehen.

## 11. Anfragen

**Herr Höltebaum** fragt an, wie die Verwaltung mit der Pressemitteilung der Staatskanzlei in Bezug auf die Übertragung der neuen Aufgabe „Zuständigkeit Überwachung Cannabis Konsum“ umgehe. Er gehe davon aus, dass in der Verwaltung kein Mitarbeiter alleine diese Aufgabe wahrnehmen werde und hierfür keine personellen Spielräume vorhanden seien. Das der Minister dann davon ausgehe, dass diese Spielräume vorhanden seien und man die Verwaltungen finanziell nicht unterstütze, sei eine wieder mal eine unglückliche Entscheidung.

**Herr Beushausen** bedankt sich für die Anfrage. Man arbeite in der Verwaltung gerade an einem Konzept. Auch diese Aufgabe entspricht dem Konnektivitätsprinzip. Es handele sich um eine neue Aufgabe, die der Bundestag beschlossen habe und nun vom Land auf die Kommunen übertragen werde, daher müssten auch alle entstehenden Kosten vom Land oder Bund getragen werden. Ggf. müsse dies im Klageverfahren überprüft werden. Der Niedersächsische Städtetag hat dazu bereits eine klare Stellungnahme abgegeben. Man werde dies nicht einfach hinnehmen, gleichwohl müsse sich die Verwaltung auf die mögliche Aufgabe vorbereiten.

Da keine weiteren Anfragen gestellt werden, schließt **Herr Schliestedt** die öffentliche Sitzung um 18.22 Uhr.

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

(Schliestedt)

(Beushausen)

(Klingeberg)